



Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e.V.

12. Entwicklungspolitische Herbstkonferenz Baden-Württemberg

10 Jahre Entwicklungspolitische Leitlinien
Baden-Württemberg
The FAIR Länd?

14. November 2022 in der Jugendherberge Stuttgart

Claudia Duppel und Gabriele Radeke, DEAB Geschäftsführung

Einführung

- Wozu Leitlinien?
- Entwicklung von Leitlinien von der Zivilgesellschaft angeregt
- vom Staatsministerium mit breit angelegtem Dialogprozess „Welt:Bürger gefragt!“ aufgegriffen
- von einem Fachbeirat begleitet und geschrieben
- 2012 mit Delegierten der Bürgerkonferenzen verabschiedet
- 2013 vom Landtag angenommen
- 2020 REZ Expert*innenpapier „Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

Gliederung der folgenden Folien:

- Zitate aus den Leitlinien
- Aktueller Stand
- Das fehlt – sollte dringend angegangen werden
- Das ist unsere Vision

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.1. Globale Verantwortung in einem weltoffenen Land (S.4)

Zitat:

„Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Entwicklungspolitik ist deshalb in Baden-Württemberg mehr als eine freiwillige Landesaufgabe und liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten.“

Aktueller Stand:

- Wurde aufgenommen in die Nachhaltigkeitsstrategie
- Ist noch nicht wirklich im Denken und in der Breite der Realpolitik angekommen

Unsere Vision:

Die Einordnung der politischen Entscheidungen in Zusammenhänger globaler Verantwortung und Solidarität ist selbstverständlich und wird immer wieder sicht- und hörbar in der Rhetorik der Politik.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.2 Unser Verständnis von Entwicklungspolitik (S.4)

Zitat:

„Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren **Ressourcenverbrauch**, rasantem **Klimawandel** und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die **Schere zwischen Arm und Reich** und **bedrohen die Lebensgrundlage** vor allem in ärmeren Regionen der Welt. ...

Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial **tragfähige Gestaltung der Zukunft** wahrzunehmen. Das erfordert, sowohl **politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**, die sich an dieser Verantwortung orientieren als auch ein entsprechendes **individuelles Verhalten** und liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten.“

Aktueller Stand:

- Die Agenda 2030 der UN von 2015 bestätigte diese Analyse, konkretisiert mit den 17 Zielen für eine weltweit nachhaltige Entwicklung.
- In der Realpolitik wird kaum Bezug darauf genommen.
- Die Begriffe Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik passen nicht mehr zu dieser Analyse; sie sind belastet von einem veralteten Bild von Entwicklung, das von kolonialen Denkmustern geprägt ist und Ursachen von Fehlentwicklungen verschleiert.

Unsere Vision

Die Begriffe Globale Verantwortung und Globale Solidarität sind wichtige Bestandteile der politischen Debatte.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.3 Das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken (S. 5)

Zitat:

„Das besondere Kennzeichen der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ist die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure und **das breite bürgerschaftliche Engagement**. Weit über tausend Initiativen und Organisationen sind in Baden-Württemberg entwicklungspolitisch aktiv: Weltläden und Partnerschaftsgruppen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Migrant*innenorganisationen, Diasporagemeinschaften und Kultureinrichtungen, Kommunen, Schulen und Universitäten, Gewerkschaften und Unternehmen, Vereine, Verbände und Stiftungen....

Beim entwicklungspolitischen Engagement des Landes gilt das **Subsidiaritätsprinzip**. Eine zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik des Landes besteht deshalb darin, bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen sowie die Vernetzung und Qualifizierung der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure zu fördern.“

Aktueller Stand:

Die Landesregierung hat Strukturen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements für Globale Verantwortung und Solidarität ausgebaut:

- das bundesweite Eine Welt Promotor*innen Programm BW wurde 2013 etabliert und in 2022 aufgestockt - 21 Eine Welt Promotor*innen bei 16 Trägervereinen.
- Neue Fachpromotorin für Junges Engagement und Klimagerechtigkeit beim Landesjugendring BW.
- Die Förderlinie BWirkt! bei der SEZ mit Mitteln des Staatsministeriums, für Inland, Ausland, Burundi, wurde ausgebaut, **ist aber weiterhin stark überzeichnet**.

Unsere Vision:

Die genannten Programme sind langfristig abgesichert durch einen Titel im Haushalt.



Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.4 Menschen mit Migrationshintergrund und Diasporagemeinschaften sind wichtige Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (S. 6)

Zitat:

„In der Entwicklungspolitik des Landes gilt es zu ermöglichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre internationalen Kompetenzen verstärkt einbringen und dass sie die Entwicklungspolitik mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen aus ihren Heimatländern aktiver mitgestalten können. Ziel der Landesregierung ist eine Gesellschaft der kooperativen Vielfalt, die eine gleichberechtigte **Teilhabe aller Menschen** unabhängig von ihrer jeweiligen geographischen, sozialen oder ethnischen Herkunft ermöglicht. Dazu besteht jedoch konkreter Handlungsbedarf...“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.4 Menschen mit Migrationshintergrund und Diasporagemeinschaften sind wichtige Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik (S. 6)

Aktueller Stand:

- Ein **Migrantisches entwicklungspolitisches Netzwerk Baden-Württemberg** hat sich gegründet und steht im Dialog mit dem Staatsministerium. **Hier besteht Bedarf an langfristiger Förderung.**
- Das **Interkulturelle Promotor*innen Programm** fördert das besondere Engagement migrantisch-diasporischer Akteure an der Schnittstelle zwischen Globaler Verantwortung und Solidarität und Integration; 5 Promotor*innen bei 5 migrantisch-diasporischen Trägern; Koordination beim DEAB.
- Der DEAB und weitere Akteure im Land, die sich für eine Nachhaltige Entwicklung weltweit einsetzen, haben einen systematischen **Prozess zur migrationsgesellschaftlichen Öffnung** begonnen. **Dieser Prozess muss in die Breite getragen und intensiviert werden.**

Unsere Vision

Die Expertisen von Menschen mit internationaler Geschichte sind gleichwertig in alle Prozesse des Landes für Globale Verantwortung und Solidarität eingebunden, von der strategisch-konzeptionellen Ausrichtung über Entscheidungsfindung bis hin zur aktiven Mitgestaltung und Durchführung. Die einseitige Forderung von Integration ist abgeschafft und eine gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation einer vielfältigen Gesellschaft ist in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verankert. Das WIR-Gefühl ist selbstverständlich, Migration ist normal.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.5 Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Landespolitik (S.7)

Zitat:

„Viele politischen Maßnahmen in Baden-Württemberg, die zu den Kernaufgaben der Fachministerien gehören, **haben entwicklungspolitische Auswirkungen**: die Gestaltung der Bildungspläne, die Internationalisierungsstrategien, der Hochschulen, die Energiewende und die Nachhaltigkeitsstrategie, die Integrationspolitik und der interkulturelle Dialog, die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Baden-Württemberg, die öffentliche Beschaffung und Außenwirtschaftsförderung, die Verbraucherpolitik und die Förderung von Bürgerengagement, die Personalentwicklung der Landesbediensteten etc.. Um diese ressortübergreifende Querschnittsaufgabe angemessen wahrzunehmen, ist eine **kohärente entwicklungspolitische Koordination** des gesamten Regierungshandelns durch das Staatsministerium notwendig.“

Aktueller Stand:

- Es wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik (IMA) eingerichtet, in der 6-7 Ministerien vertreten sind, vom Staatsministerium koordiniert.
- Das Engagement gegen den Klimawandel wird von der Landesregierung als hochrangige Aufgabe in allen Ministerien postuliert.
- **Globale Verantwortung und Solidarität haben noch keine hohe Priorität in den meisten Ministerien.**

Unsere Vision

In jedem Ministerium gibt es einen Haushaltsansatz und Personalressourcen für den Bereich Globale Verantwortung, die daran arbeiten, dass bei politischen Entscheidungen und Vorhaben dieser Aspekt immer mitgedacht wird.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.1 Globales Lernen innerhalb und außerhalb der Schule fördern (S.9)

Zitat:

„Globales Lernen bezieht alle Altersgruppen ein und findet **in der formalen Bildung** (Kindergarten, Schulen, Hochschulen, berufliche Bildung usw.) und **im informellen Bereich** (Vereine, Verbände, Parteien, Kirchen, Jugend- und Erwachsenenbildung usw.) statt. Diese Arbeit soll **ausgebaut und gefördert** werden.

Dazu gehören die **Verankerung** in Bildungsplänen, Schulprofilen und Lehrmitteln sowie in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, aber auch die regelmäßige Beratung und Unterstützung von Lehrkräften und Multiplikatoren der Zivilgesellschaft. Globales Lernen in Schulpartnerschaften soll gefördert werden wie auch die **Zusammenarbeit der Schulen mit anderen entwicklungspolitischen Akteurinnen.**“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.1 Globales Lernen innerhalb und außerhalb der Schule fördern (S.9)

Aktueller Stand:

Die Fachpromotor*innen für Globales Lernen treiben die genannten Anliegen voran, in Kooperation mit dem Kultusministerium und anderen Bildungsakteuren:

- Verankerung in den Bildungsplänen wurde 2016 vorgenommen
- Verankerung in Schulprofilen, in der Aus - und Fortbildung von Lehrkräften und die Bereitstellung von didaktischen Materialien wurde begonnen
- Beratung, Qualifizierung und Unterstützung von Lehrkräften und Multiplikator*innen findet statt
- Globales Lernen in Schulpartnerschaften ist in Ansätzen vorhanden
- **Vieles wurde begonnen, aber die meisten Schulen, Lehrkräfte und Schüler*innen wurden noch nicht erreicht.**
- Viele zivilgesellschaftliche Akteure sind mit innovativen Methoden in der Bildungsarbeit engagiert
- Eine Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde entwickelt; **hier muss gewährleistet werden, dass Zivilgesellschaft an der Umsetzung beteiligt wird.**
- Der DEAB und weitere Akteure bieten gemeinsame Plattformen wie z.B. WeltGarten und Weltacker auf den Bundesgartenschauen an und werden dabei finanziell vom Land unterstützt

Unsere Vision

Im Sinne eines zukunftsorientierten Bildungsverständnisses ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) übergreifend in allen Bildungsbereichen und allen Ressorts der Landesregierung strukturell verankert und verstetigt. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind in die Prozesse zur Umsetzung der BNE aktiv eingebunden.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder



Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e.V.

2.2 Die entwicklungspolitischen Kompetenzen in Forschung und Lehre ausbauen (S.10)

Zitat:

„Wichtige Elemente sind dabei die **Internationalisierung des Lehrangebots und der Lehrinhalte**, der Ausbau von entwicklungsbezogenen Fach- und Regionalkompetenzen, die verstärkte Bildung von Netzwerken im Bereich der **entwicklungsbezogenen Forschung** und der Ausbau des Wissenstransfers speziell in technischen Studiengängen. Die **Hochschulpartnerschaften** mit Entwicklungsländern sollen gezielt ausgebaut werden. Mit dem **Studium von Studierenden aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg** und von baden-württembergischen Studierenden an Hochschulen in Entwicklungsländern haben die Hochschulen eine wichtige Brücken- und Multiplikatorenfunktion, die auch in Zukunft durch das Land gefördert werden soll. Die Ausbildung junger Menschen aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg ist eine Investition in die Zukunft.“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.2 Die entwicklungspolitischen Kompetenzen in Forschung und Lehre ausbauen (S.10)

Aktueller Stand:

- Die Fachpromotorin für Hochschulen und weitere Akteure im Land setzen sich für die oben genannten Anliegen ein, vor allem durch die Unterstützung von Studierenden, die sich für Globale Verantwortung und eine weltweite nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDG einsetzen
- Ein BNE Hochschulnetzwerk und ein Entwicklungspolitischer Hochschultag haben sich etabliert.
- Die Einführung von Studiengebühren für ausländische Studierende in Baden-Württemberg erschwert die Umsetzung der Leitlinien in diesem Bereich gravierend.
- Studierende, Wissenschaft und Hochschulen in Baden-Württemberg brauchen mehr Förderung für Kooperationen mit dem Globalen Süden
- Die Namibia Initiative des Landes soll auf Burundi ausgeweitete werden.

Unsere Vision

Es gibt keine Studiengebühren mehr in Baden-Württemberg. Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele ist strukturell verankert in Forschung, Lehre und Verwaltung an allen Hochschulen in Baden-Württemberg.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.3 Gleichberechtigte Partnerschaften gestalten (S.10)

Zitat:

„Partnerschaftsbeziehungen haben eine doppelte Wirkung: **Sowohl die Menschen im Partnerland als auch die Menschen in Baden-Württemberg profitieren vom Austausch und den Begegnungen**, der gegenseitigen Verantwortung und der Motivation, die sich in jeder Partnerschaft ergeben. Voraussetzung ist, dass die Partnerschaften auf **Augenhöhe und unter Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse** gestaltet werden....Zur nachhaltigen Wirkung von Partnerschaften gehört, sich mit den **Ursachen von Ungleichgewichten auf beiden Seiten auseinander zu setzen** und **sich gemeinsam gegen Unrecht einzusetzen**[...].Das Land begrüßt und unterstützt die Vielfalt und die Vernetzung der Partnerschaften unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure wie Kommunen, Schulen, lokale Initiativen und Kirchen mit vielen unterschiedlichen Partnerländern und -regionen. In diesem Rahmen soll die Partnerschaft Baden-Württembergs mit Burundi ausgebaut werden.“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.3 Gleichberechtigte Partnerschaften gestalten (S.10)

Aktueller Stand:

- Die Fachpromotorin für lokale Partnerschaften bei der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW hat die Unterstützung der Partnerschaftsinitiativen ausgebaut.
- Die Förderlinie BWirkt! bei der SEZ unterstützt Partnerschaftsarbeit.
- Die Partnerschaft des Landes mit Burundi wurde durch ein Partnerschaftsabkommen besiegelt, die Beziehungen werden v.a. mit Unterstützung der SEZ auf verschiedenen Ebenen weitergeführt und ausgebaut.
- Der Fachpromotor für Internationale Bildungspartnerschaften beim EPIZ berät v.a. Schulen in ihrer Partnerschaftsarbeit.
- Der Städtetag richtet zur Zeit eine Stelle ein zur Unterstützung von kommunalen Partnerschaften.
- Die Partnerschaft mit Burundi wird im Land wenig wahrgenommen. Sie sollte bewusst auch als Lernpartnerschaft im Sinne einer gemeinsamen Bildung für nachhaltige Entwicklung gestaltet werden.
- Die Debatte über koloniale Kontinuitäten wurde begonnen, sie muss intensiviert werden.

Unsere Vision

Partnerschaften verschiedenster Akteur*innen in Baden-Württemberg mit Akteur*innen in Ländern des Globalen Südens haben Lernprozesse in Gang gesetzt – über Partnerschaft auf Augenhöhe, über koloniale Kontinuitäten und ihre Überwindung und für ein gemeinsames Verständnis in Bezug auf eine Nachhaltige Entwicklung weltweit.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.5 Nachhaltigen Konsum, verantwortliche Beschaffung und Fairen Handel vorantreiben (S.12)

Zitat:

„**Nachhaltiges Konsumverhalten** ist ein entscheidendes Element, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nachhaltige Produkte sind **ökologisch und möglichst regional erzeugt und fair gehandelt**. [...] Das Ziel ist, in allen Wirtschaftsbereichen gerechte internationale Handelsbeziehungen und faire Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das Land hat bei der **verantwortlichen Beschaffung** eine Vorbildfunktion. Die Landesregierung berücksichtigt deshalb bei ihrer Beschaffung neben ökonomischen auch regionale, ökologische und soziale Kriterien und bevorzugt, wo möglich, Produkte aus Fairem Handel. Die Landesregierung wird die dafür notwendigen Voraussetzungen im Bereich des **Vergaberechts** schaffen. Um eine verantwortliche Beschaffung umzusetzen, sollen die Beratungsarbeit intensiviert und Evaluierungs- und Monitoring-Instrumente eingeführt werden. [...] **Der Faire Handel** ist ein wirkungsvolles Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit – insbesondere über die Weltläden. Baden-Württemberg ist schon heute das Bundesland mit der höchsten Dichte an Weltläden. Trotzdem macht der Anteil des Fairen Handels in Baden-Württemberg nur einen **sehr kleinen Anteil des gesamten Handels aus**. Gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren engagiert sich das Land Baden-Württemberg deshalb für einen umfassenden Ausbau des Fairen Handels. Die **Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu nachhaltigem Konsum** und verantwortlicher Beschaffung des Landes und der Kommunen soll ausgebaut werden, um weitere Akteurinnen und Akteure für die Umsetzung zu gewinnen und konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen. **Baden-Württemberg soll ein Vorreiter in Fairem Handel und verantwortlicher Beschaffung werden.**“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.5 Nachhaltigen Konsum, verantwortliche Beschaffung und Fairen Handel vorantreiben (S.12)

Aktueller Stand:

- Fachpromotor für Nachhaltige Beschaffung und Unternehmensverantwortung und die Fachpromotor*innen für Fairen Handel setzen sich für die genannten Anliegen ein.
- Es gibt eine Verwaltungsvorschrift (VwV Beschaffung) im Land; sie verpflichtet nur die Landesebene, zur Umsetzung/Wirksamkeit ist keine Aussage möglich, weil jedes Monitoring fehlt; Überarbeitung steht an. Schulungsprogramm ist verstetigt, aber Kompetenzstelle mit Beratungsauftrag fehlt.
- Im Oktober hat der Minister*innenrat das Gesetz für nachhaltige Finanzanlagen verabschiedet. Es verpflichtet sowohl die Landesbehörden als auch alle Einrichtungen des Landes dazu, bei ihrer Geldanlage globale Nachhaltigkeitsziele zu berücksichtigen
- 230 Weltläden und weitere Akteure in Baden-Württemberg treiben den Fairen Handel voran, leider ist das noch immer nur ein kleiner Anteil am gesamten Handel.
- Zahlreiche Kommunen, Landkreise, Schulen, Hochschulen wurden als Fair Trade Akteure zertifiziert.
- Globale Verantwortlichkeit sollte Teil des Curriculums an den Verwaltungs(hoch)schulen sein.

Unsere Vision

„Das Ziel ist, in allen Wirtschaftsbereichen gerechte internationale Handelsbeziehungen und faire Arbeitsbedingungen zu erreichen.“

Wirtschaft, Handel und Konsument*innen in Baden-Württemberg sind den Menschen- und Arbeitsrechten, dem Umweltschutz und der Klimagerechtigkeit verpflichtet. Baden-Württemberger*innen sind der zerstörerischen Auswirkungen ihres Lebensstils auf Mensch und Umwelt bewusst und entscheiden sich für einen bio-regional-fairen Konsum. Auf dem europäischen Markt werden nur noch Produkte angeboten, bei deren Gewinnung und Herstellung die Einhaltung der genannten Aspekte gewährleistet ist.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.6 Die entwicklungspolitische Verantwortung der Unternehmen stärken (S.12)

Zitat:

„Viele baden-württembergische Unternehmen haben in Entwicklungsländern Niederlassungen und Produktionsstätten, importieren Rohstoffe und Produkte aus Entwicklungsländern oder exportieren in diese Länder. Zahlreiche Unternehmen schaffen durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Entwicklungsländern Arbeitsplätze und fördern durch Aus- und Fortbildung die Qualifikation der Mitarbeitenden. Baden-Württemberg hat eine innovative und **mittelständisch geprägte Wirtschaft**. **Diese spezifischen Stärken sollen auch in die Entwicklungspolitik eingebracht werden.** Die Landesregierung unterstützt eine stärkere **Vernetzung von Wirtschaft und entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteuren**. Die Akteurinnen und Akteure in der Wirtschaft sollen aktiver in den entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden.

Die **Landesregierung achtet bei der Außenwirtschaftsförderung auf die Einhaltung der Menschenrechte** und der ILO Kernarbeitsnormen sowie der Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung. Das Land setzt sich für verbindliche Umwelt- und Sozialstandards entlang der **Lieferkette** der Unternehmen und entsprechende Offenlegungspflichten ein. Durch die Beteiligung der im Land ansässigen Unternehmen beim Dialogprozess wird dafür Sorge getragen, dass die Außenwirtschaftsförderung des Landes positive entwicklungspolitische Wirkungen optimal zur Geltung bringen kann. Finanzpolitisch setzt sich das Land für eine **nachhaltige Geldwirtschaft** ein, die neben ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien auch entwicklungspolitische Kriterien einbezieht. Die Beiträge der Sparkassen und Genossenschaften für den Aufbau von Wirtschaftsstrukturen sollen stärker in die Entwicklungspolitik des Landes einbezogen werden. Speziell im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung haben die Unternehmen viele Möglichkeiten zur Förderung der Entwicklung in anderen Ländern. [...]Die **technologische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Energie- und Umweltbereich**, z. B. bei der Nutzung von regenerativen Energien, soll intensiviert werden.“

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

2.6 Die entwicklungspolitische Verantwortung der Unternehmen stärken (S.12)

Aktueller Stand:

Der Fachpromotor für eine Nachhaltige Beschaffung und Unternehmensverantwortung engagiert sich für die genannten Anliegen.

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wurde verabschiedet unter erheblicher zivilgesellschaftlicher Beteiligung
- Das Land sollte eine konsequente Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung gewährleisten.
- Mehrere Unternehmen in BW haben sich für das Gesetz engagiert
- Auf Landesebene gibt es Formate, die Nachhaltigkeit in Unternehmen thematisieren, mit eher symbolischem / werbendem Charakter; alles in allem relativ geringe Beteiligung und Ausstrahlung.
- Es ist auch nach 10 Jahren nicht gelungen, Unternehmen aus BW in den Welt:Bürger gefragt!--Dialog einzubinden; die Zielgruppe wird also nicht erreicht.
- Da, wo das Land Einfluss hat, wird den Unternehmen zu wenig globale Verantwortung abverlangt.
- Ressourceneffizienzstrategie ohne Thema Ressourcengerechtigkeit, ohne menschenrechtliche Ziele und entsprechende Maßnahmen
- Wirtschaftsförderung sollte an Nachhaltigkeits- oder Gemeinwohlkriterien geknüpft werden.

Unsere Vision

Es besteht ein wirksamer rechtlicher Rahmen, der alle Unternehmen und den Handel in ihren weltweiten Lieferketten auf die Beachtung von Menschen- und Arbeitsrechten, Umweltschutz und Klimagerechtigkeit verpflichtet.

Es besteht eine Plattform für den lebendigen Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft über Good Practice Erfahrungen in den Bereichen globale Verantwortung, Gemeinwohlorientierung und Suffizienz.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder

Landwirtschaft und Welternährung

In den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes fehlt der Blick auf dieses Handlungsfeld, das jedoch von großer Bedeutung ist.

Aktueller Stand:

- Aktuelle Krisen verschärfen erneut Hunger und Unterernährung in großen Teilen der Welt
- Das Land hat einen Strategiedialog Landwirtschaft begonnen. Hier muss gewährleistet werden, dass in Globaler Verantwortung gedacht und gearbeitet wird.
- Es gibt eine wachsende Zahl an Ernährungsräten in Baden-Württemberg, die sich dafür engagieren, eine Ernährungswende voranzutreiben.
- Der DEAB organisiert auf der Bundesgartenschau Mannheim 2023 das große Bildungsprojekt WELTACKER mit finanzieller Unterstützung des BMZ und der Landesregierung.

Unsere Vision

Baden-Württemberg verfolgt eine Strategie für eine Ernährungswende in Globaler Verantwortung und Solidarität.

Was haben sie gebracht? Eine Bestandsaufnahme

2. Handlungsfelder



Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e.V.

Junges Engagement und Klimagerechtigkeit

In den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes fehlt der Blick auf junge Menschen, die sich für globale Gerechtigkeit und Solidarität einsetzen. Und **es fehlt der spezielle Blick auf Klimagerechtigkeit**. Viele junge Menschen in Baden-Württemberg setzen sich seit Jahren genau dafür ein.

Aktueller Stand:

- Vor fünf Jahren hat sich das Netzwerk Junges Engagement für Globale Verantwortung und Solidarität gebildet, das vom Landesjugendring koordiniert wird und mit einem Sitz im Rat für Entwicklungszusammenarbeit, REZ, die Landesregierung berät.
- Seit 1.7.2022 gibt es eine Fachpromotorin für junges Engagement und Klimagerechtigkeit, die Initiativen von und für junge Menschen vernetzt, berät und unterstützt.

Unsere Vision

Viele junge Menschen im Baden-Württemberg sind gut vernetzt und sichtbar in ihrem Engagement für eine weltweit nachhaltige Entwicklung, finden Gehör in Politik und Öffentlichkeit und haben Zugang zu Entscheidungsträger*innen.